

DE

DE

DE



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den yyy
KOM(2009) 158 endgültig

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Eine neue Partnerschaft zur Modernisierung der Hochschulen: EU-Forum für den
Dialog zwischen Hochschule und Wirtschaft**

{SEC(2009) 423
SEC(2009) 424
SEC(2009) 425}

MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN

Eine neue Partnerschaft zur Modernisierung der Hochschulen: EU-Forum für den Dialog zwischen Hochschule und Wirtschaft

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. EIN THEMA VON ZUNEHMENDER BEDEUTUNG

Aufgrund ihrer dreifachen Funktion als Anbieter der höchsten Bildungsabschlüsse, Spitzenforschungseinrichtungen und Orte bahnbrechender Innovationen stehen die Hochschulen¹ im Zentrum des europäischen Wissensdreiecks. Sie haben das Potenzial, das Bestreben Europas, zur weltweit führenden wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft zu werden, entscheidend voranzutreiben. Seit dem Gipfeltreffen von Hampton Court im Oktober 2005 wird dies zwar in der EU-Politik anerkannt; ebenso klar ist aber, dass sich die Hochschulen verändern müssen, um dieses Potenzial ausschöpfen zu können. In der Mitteilung der Kommission „Das Modernisierungsprogramm für Universitäten umsetzen: Bildung, Forschung und Innovation“² vom Mai 2006 wurden neun Aktionsbereiche herausgestellt. Seitdem war das Modernisierungsprogramm Gegenstand ausführlicher politischer Debatten, deren Fortschritte regelmäßig vom Ministerrat überprüft werden³. Die Kommission hat außerdem vorgeschlagen, die Modernisierung der Hochschulen zu einer der Prioritäten des neuen Rahmens für die politische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung innerhalb der Lissabon-Strategie⁴ zu machen.

Ein Schlüsselement des Modernisierungsprogramms aus dem Jahr 2006 bestand darin, dass die Hochschulen strukturierte Partnerschaften mit den Unternehmen entwickeln, um so „zu bedeutenden Akteuren in der Wirtschaft [zu] werden, die in der Lage sind, besser und schneller auf Anforderungen des Marktes zu reagieren und Partnerschaften zur Nutzung der wissenschaftlichen und technologischen Erkenntnisse zu entwickeln“. Die Kommission schlug vor, dass die Unternehmen die Hochschulen dabei unterstützen könnten, Studienpläne und Leitungsstrukturen umzugestalten, und dass sie einen Beitrag zur Hochschulfinanzierung leisten könnten.

Auf dieser Grundlage hat die Kommission das Forum Wirtschaft/Hochschule als europäische Plattform für den Dialog zwischen diesen beiden Welten eingerichtet. Im Anschluss an das erste Forum im Februar 2008 wurden im weiteren Jahresverlauf 2008 drei thematische

¹ In dieser Mitteilung werden mit „Hochschulen“ alle höheren Bildungseinrichtungen bezeichnet, ungeachtet ihrer Bezeichnung und ihres jeweiligen Status in den Mitgliedstaaten.

² KOM(2006) 208 endg.

³ Zusammenfassung der Fragen und Maßnahmen siehe KOM(2008) 680 vom 30. Oktober 2008: Bericht der Kommission an den Rat über die Entschließung des Rates vom 23. November 2007 zur Modernisierung der Universitäten im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit Europas in einer globalen wissensbasierten Wirtschaft.

⁴ KOM(2008) 865 vom 16. Dezember 2008: Ein aktualisierter strategischer Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung.

Workshops⁵ veranstaltet. Auf einer zweiten Plenarsitzung des Forums im Februar 2009 mit 400 Teilnehmern fanden neben Workshops zu verschiedenen Themen auch eine Bestandsaufnahme der bisherigen Ergebnisse und eine Diskussion über die künftige Ausrichtung der Arbeiten des Forums statt.

Die sehr hohe Teilnehmerzahl der Veranstaltung im Februar 2009 zeigt, wie sehr das Forum von den Akteuren geschätzt wird. Die Teilnehmer nahmen häufig auf die Wirtschaftskrise Bezug, die die Veranstaltung prägte, und argumentierten, dass es nun dringlicher denn je sei, bessere Verbindungen zwischen Hochschulen und Unternehmen aufzubauen, um das europäische Wissensdreieck zu stärken. Die Mitteilung greift dieses Gefühl der Dringlichkeit auf.

2. BESTANDSAUFNAHME UND WEITERES VORGEHEN: ZWECK DER MITTEILUNG

Bei der Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen treffen zwei Welten mit ausgeprägten Unterschieden in Kultur, Werten und Aufgaben aufeinander. Beispiele für eine erfolgreiche Zusammenarbeit beider Seiten gibt es in ganz Europa, und durch EU-Programme wurde versucht, Partnerschaften zwischen Hochschulen und Unternehmen aufzubauen, die sich in der Regel auf bestimmte Bereiche wie Forschung oder Mobilität von Studierenden konzentrieren⁶. Der Grad der Zusammenarbeit unterscheidet sich jedoch je nach Land, Hochschule und Studienfach beträchtlich. Darüber hinaus hat diese Zusammenarbeit die Leitungsstrukturen oder Organisationskultur auf beiden Seiten nur in begrenztem Ausmaß beeinflusst. Nur wenige Hochschulen verfügen über eine gesamtuniversitäre Strategie für die Zusammenarbeit mit Unternehmen, und diese wenigen Hochschulen konzentrieren sich auf einige wenige Mitgliedstaaten. In vielen Ländern zahlen sich die Bemühungen der Hochschulen um Zusammenarbeit mit Unternehmen aufgrund der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen nicht aus oder werden sogar behindert.

Mit der vorliegenden Mitteilung werden folgende Ziele verfolgt:

- Bestandsaufnahme der Lehren aus dem ersten Jahr des Bestehens des Forums und anderen einschlägigen Aktivitäten auf europäischer Ebene hinsichtlich der Herausforderungen und Hindernisse für die Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen, zu behandelnde Fragen und bewährte Verfahren und Ansätze, die breiteren Einsatz finden könnten. In einem Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen (SWD) wird dieser Aspekt der Arbeiten ausführlicher behandelt.
- Vorschläge für die weiteren Arbeiten des Forums.
- Entwurf konkreter Folgemaßnahmen zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen.

⁵ Weiterbildung und lebenslanges Lernen (Brüssel, 30. Juni 2008); Lehrplanentwicklung und Unternehmertum (Teneriffa, 30.-31. Oktober 2008); Wissenstransfer (Brüssel, 7. November 2008).

⁶ Beschreibung der EU-Programme, die Partnerschaften zwischen Hochschulen und Unternehmen fördern: siehe Arbeitspapiere der Kommissionsdienststellen, Abschnitt 3.

3. THEMEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Die bisherigen Überlegungen des Forums lassen sich zu sechs Hauptthemen zusammenfassen. In einem Kasten am Ende eines jeden Abschnitts wird ein Beispiel für ein bewährtes Verfahren vorgestellt.

3.1. Neue Studienpläne für Beschäftigungsfähigkeit

Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft hängt immer mehr davon ab, ob ausreichend qualifizierte und unternehmerisch orientierte Arbeitnehmer zur Verfügung stehen. Die Initiative *Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen*⁷ hat bestätigt, dass der Bedarf der EU an hochqualifizierten und unternehmerisch orientierten Absolventen in den nächsten Jahren noch steigen wird. Gleichzeitig vermelden die Unternehmen im Bericht des Forums ein Missverhältnis zwischen den Kompetenzen der Hochschulabsolventen und den Qualifikationen, die sie als Arbeitgeber nachfragen.

Die Beschäftigungsfähigkeit war zweifellos das zentrale Thema des Forums, das immer wieder angesprochen wurde.

Es bestand Einigkeit darüber, dass die Studienpläne und Lernmethoden umfassend geändert werden müssen und dass

- transversale und übertragbare Fähigkeiten und Grundkenntnisse der Wirtschaftswissenschaft und Technologie in die Studienpläne auf allen Qualifikationsebenen aufgenommen werden müssen. Die Studienpläne sollten „T-förmig“ aufgebaut sein, d. h. in einem bestimmten Studienfach verwurzelt sein und gleichzeitig Interaktion und Zusammenarbeit mit Partnern aus anderen Fächern und Bereichen umfassen;
- die Prüfungsmethoden verbessert und stärker auf die Bewertung des Lernens und der Kompetenzen ausgerichtet sein sollten;
- die Zugangsprofile und die Lernansätze stärker diversifiziert werden sollten, um Begabungen mit „nicht traditionellem“ Hintergrund (wie Erwachsene, die wieder ein Studium aufnehmen) zu nutzen;
- eine größere Interdisziplinarität und Transdisziplinarität in den Bildungs- und Forschungsprogrammen erforderlich ist. Die Teilnehmer des Forums nahmen in diesem Zusammenhang häufig Bezug auf die Art und Weise, wie das ETI künftig diese Ansätze in seinen Betrieb integrieren wird – was als Beispiel dafür dienen könnte, wie ähnliche Konzepte auch an den Hochschulen eingeführt werden könnten.

Studienplanänderungen in dieser Größenordnung und in zügigem Tempo sind nur möglich, wenn die interne Struktur der Hochschulen einen günstigen und lohnenden Rahmen dafür bietet. Interne Qualitätssicherungs- und externe Akkreditierungssysteme sollten der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung von Lernprogrammen eine größere Bedeutung beimessen. Akkreditierungsagenturen sollten sowohl Vertreter der Lernenden als auch Vertreter von Unternehmen und Gesellschaft allgemein umfassen.

⁷ KOM(2008) 868.

Unternehmensvertreter sind in den Entscheidungsgremien einiger Akkreditierungsagenturen vertreten, z. B. bei ACQUIN in Deutschland, HETAC in Irland oder CTI in Frankreich. Letztere ist zuständig für Ingenieur-Studiengänge und umfasst gleich viele Vertreter von Hochschulen und Unternehmen; transversale Fähigkeiten und die Interaktion der Studierenden mit der Wirtschaft sind Kernanforderungen bei der Akkreditierung (SWD, Abschnitt 5.2.4).

3.2. Förderung der unternehmerischen Initiative

Die vergleichsweise niedrige Unternehmerquote in der EU⁸ stellt die Fähigkeit Europas in Frage, Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Die Herausforderung für die Hochschulen besteht darin, Lernumgebungen anzubieten, die Unabhängigkeit, Kreativität und einen unternehmerischen Ansatz zur Nutzung von Wissen stimulieren. Ein regelmäßiger Strom von Studierenden und Mitgliedern der Hochschulfakultäten in die Unternehmen und eine ständige Präsenz von Unternehmern auf dem Campus würde dazu beitragen, den erforderlichen Kulturwandel zu bewirken. Ein gutes Beispiel hierfür sind die von den Marie-Curie-Forschererstaubildungsnetzen finanzierten Aufbaustudiengänge, die auf unternehmerische Fähigkeiten ausgerichtet sind.

Die bestehenden Kooperationsformen mit Unternehmen wie Konferenzen, Praktika und Projektarbeiten (individuell oder in fächerübergreifenden Gruppen) sollten ausgeweitet werden. Außerstudienplanmäßige Angebote wurden als wertvoll angesehen, z. B. studentische Beratungsunternehmen oder Gründungszentren, die Hochschulstudierenden und Hochschulpersonal mit konkreten Ideen für neue Unternehmen (Start-up-Unternehmen, Spin-off-Unternehmen) maßgeschneiderte Unterstützung bieten. All diese Aktivitäten sollten den Studierenden von Beginn ihres Studiums an offenstehen und stärker in die Studienpläne eingebunden werden.

Als besonders wichtig wurde erachtet, dass in der Ausbildung künftiger Lehrkräfte an Schulen und künftiger Ausbilder eine positive Einstellung und Offenheit gegenüber Unternehmen als Quelle von Fortschritt, Arbeitsplätzen und Wohlstand vermittelt werden sollte.

Die wichtigsten Schlussfolgerungen lauten:

- Die Entwicklung einer Unternehmenskultur an den Hochschulen erfordert grundlegende Veränderungen der Hochschulleitung und –verwaltung.
- Die Vermittlung unternehmerischer Fähigkeiten muss umfassend ausgerichtet sein und interessierten Studierenden aller Fachbereiche offenstehen, wobei die Chancengleichheit von Frauen und Männern gebührend zu berücksichtigen ist.
- Die Hochschulen sollten Unternehmer und Fachleute aus der Praxis in die Vermittlung unternehmerischer Fähigkeiten einbeziehen, z. B. durch die Einrichtung von Gastprofessuren für herausragende Unternehmer.

⁸ Siehe Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen, Abschnitt 2.3: Der Global Entrepreneurship Monitor 2007 zeigt, dass die Unternehmerquote in China zwei bis fünf Mal höher ist als in den EU-Ländern.

- Umgekehrt sollten auch Professoren und Dozenten die Möglichkeit haben, die Vermittlung unternehmerischer Fähigkeiten zu erlernen und mit der Unternehmenswelt in Kontakt zu treten.

Das Netz der International Danish Entrepreneurship Academy (IDEA) fördert die unternehmerische Initiative von Studierenden an Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen durch finanzielle Unterstützung, Mentoren, Schulungen und Vernetzungsmöglichkeiten. IDEA wird aus Zuschüssen des Staates, der Regionen und Gemeinden sowie privater Quellen finanziert (SWD, Abschnitt 5.5.3).

3.3. Wissenstransfer: Wissen in Arbeit umsetzen

Bei der Generation von Wissen ist Europa sehr produktiv. Die Herausforderung besteht jedoch darin, die Nutzung und Anwendung der von der öffentlichen Hand finanzierten FuE zu verbessern. Trotz einiger Programme, die Verbindungen zwischen der Wissenserzeugung öffentlicher Hochschul- und Forschungseinrichtungen und den Unternehmen stärken, damit Innovationen auch den Markt erreichen, gibt es bisher keine ausreichende, auf Dauer angelegte strategische Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Bereichen.

Die Hochschulen müssen Strategien für die professionelle Nutzung ihres geistigen Eigentums entwickeln. Dies wird ihnen dabei helfen, mehrere Aspekte ihres Auftrags zu erfüllen, z. B. einen sozioökonomischen Nutzen für die Gesellschaft zu erzielen und die besten Studierenden und Wissenschaftler anzulocken. Die Kommission hat eine Empfehlung zum Umgang mit geistigem Eigentum bei Wissenstransfertätigkeiten und für einen Praxiskodex für Hochschulen und andere öffentliche Forschungseinrichtungen⁹ angenommen, um die Hochschulen zu unterstützen und einen kohärenteren Rahmen für den Wissenstransfer zu schaffen. Auch die Initiative „Responsible Partnering“ bietet Leitlinien¹⁰ für bessere Verfahren bei der Forschungszusammenarbeit und dem Wissenstransfer zwischen Unternehmen und Industrie.

Zusammenfassend lässt sich festhalten:

- Der Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen funktioniert am besten, wenn es einen allgemeinen Rahmen für Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis gibt, der Partnerschaften, gemeinsame Projekte und den Austausch von Menschen umfasst.
- Die Hochschulen sollten Interdisziplinarität sicherstellen; monodisziplinäre Lösungen sind selten die Antwort auf Probleme der realen Welt.
- Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen sollten eine klare langfristige Strategie für den Umgang mit Rechten am geistigen Eigentum haben.
- Die besonderen Herausforderungen für KMU bei der Teilnahme an Partnerschaften mit Hochschulen müssen berücksichtigt werden. Die Hochschulen müssen sich bemühen, die KMU zu erreichen. Der Zugang zu einem

⁹ KOM(2008) 1329.

¹⁰ <http://www.responsible-partnering.org/>; entwickelt von führenden Einrichtungen aus Hochschulbildung und Industrie (EUA, EARTO, EIRMA und ProTon Europe).

Wissenstransferbüro oder ein eigenes Wissenstransferbüro wird den Hochschulen die Zusammenarbeit mit KMU erleichtern, da diese Stellen ein Portal und eine Schnittstelle zwischen Hochschulen und Privatwirtschaft sind.

Die Universität Twente (NL) betreibt einen Wissenspark und „Business accelerators“, die das an der Universität erzeugte Wissen mit der regionalen Unternehmenswelt zusammenbringen. Potenzielle Unternehmensgründer erhalten maßgeschneiderte Unterstützung aus dem Universitätsprogramm TOP (Temporary Entrepreneurial Positions). Die Universität bietet außerdem ein Wachstumsprogramm für Eigentümer von Unternehmen an. Beide Programme umfassen Ausbildungsmodule und Netzaktivitäten (SWD, Abschnitt 5.6.1).

3.4. Mobilität: grenzübergreifend und zwischen Unternehmen und Hochschulen

Trotz einer Reihe von Erfolgsgeschichten mit Studierendenpraktika, Mobilitätsprogrammen zwischen Unternehmen und Hochschulen innerhalb des 7. Forschungsrahmenprogramms (FP7) und Kooperationsprojekten von Hochschulen und Unternehmen gibt es noch immer zu wenig Kontakte, Kooperationen und Mobilitätsmaßnahmen zwischen beiden Welten. Praktika, Forschungsmobilitätsprogramme und Kooperationsprojekte, die Studierenden ermöglichen, allein oder in fächerübergreifenden Gruppen mit oder in einem Unternehmen zu arbeiten, sollten fester Bestandteil der Lernprogramme aller Studienfächer werden und Anrechnungspunkte im Europäischen System zur Anrechnung von Studienleistungen (ECTS) erhalten.

Mobilitätsmaßnahmen sollten auch Wissenschafts- und Verwaltungspersonal an Hochschulen offenstehen, damit die Hochschulen Netze aufbauen können, auf deren Grundlage künftige Praktika, Arbeitsplätze und Studierendenprojekte entwickelt werden können. Der direkte Kontakt des Personals mit der Unternehmensrealität wird dazu beitragen, den veränderten Ausbildungs- und Innovationsbedarf der Wirtschaft zu verstehen und zu antizipieren. Es gibt allerdings beträchtliche rechtliche und administrative Hindernisse für die Mobilität von Hochschulpersonal zu Unternehmen, z. B. im Zusammenhang mit der Sozial- und Rentenversicherung¹¹.

Umgekehrt kann die stärkere Einbindung der Unternehmen in Hochschulgremien, Forschungsprogramme, Zulassungsgremien, Studienplangestaltung, Studienangebot und Qualitätssicherungssysteme Lehre, Forschung und Innovation an Hochschulen signifikant verbessern. Diese Möglichkeiten sind in vielen Ländern wieder einmal aus rechtlichen oder kulturellen Gründen eingeschränkt.

Um Fortschritte zu erzielen,

- sollte der Nutzen von Mobilitätsmaßnahmen von Hochschulen und Unternehmen in allen Formen und auf allen Ebenen herausgestellt und anerkannt werden; insbesondere KMU sollten sich stärker an Praktika beteiligen;
- sollten die rechtlichen Rahmenbedingungen angepasst werden, um die Mobilität zwischen Hochschulen und Unternehmen zu unterstützen und zu erleichtern;

¹¹ KOM(2008) 317 „Bessere Karrieremöglichkeiten und mehr Mobilität: Eine europäische Partnerschaft für die Forscher“.

- sollten Mobilitätsmaßnahmen von Wissenschaftlern, Forschern oder Studierenden in Unternehmen anerkannt und angerechnet werden.

Die Einrichtung ADEIT¹² in Valencia hat sich zum Ziel gesetzt, eine Verbindung zwischen Hochschule und Unternehmensumfeld herzustellen. Der Schwerpunkt liegt auf Praktika von Studierenden in Einrichtungen oder Unternehmen. ADEIT vermittelt alljährlich 1500 Studierende an Unternehmen und schult Tutoren auf beiden Seiten. ADEIT vermittelt auch Praktika für Dozenten, die für bis zu 100 Stunden in Unternehmen arbeiten (SWD, Abschnitt 5.4.4).

3.5. Öffnung der Hochschulen für das lebenslange Lernen

Die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit betrifft nicht nur diejenigen, die neu auf den Arbeitsmarkt kommen: Auch die Aktualisierung der Kompetenzen der Arbeitnehmer stellt eine große Herausforderung¹³ dar, die angesichts der zunehmenden Arbeitsplatzverluste in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sogar noch wichtiger ist. Die Überprüfung der Fortschritte des Arbeitsprogramms *Allgemeine und berufliche Bildung 2010* zeigt, dass die Beteiligung der Erwachsenen am lebenslangen Lernen¹⁴ zu langsam und nur in bestimmten Mitgliedstaaten steigt.

In einer Zeit, in der die Studierendenzahlen aus demografischen Gründen möglicherweise zurückgehen werden, könnte man meinen, dass die Weiterbildung den Hochschulen ein enormes Potenzial zu bieten hätte. Dennoch öffnen sich die Hochschulen nur einem sehr kleinen Teil des Weiterbildungsmarktes. Hier ist eine umfassende Neuausrichtung auf Angebote des lebenslangen Lernens erforderlich.

Die vom Europäischen Hochschulverband (EUA) angenommene Europäische Hochschulcharta für lebenslanges Lernen¹⁵ wurde auf dem Forum vorgestellt und erörtert. Die Charta enthält zehn Verpflichtungen für die Hochschulen, darunter der breitere Zugang zum Lernen, die Diversifizierung der Studierenden und die Erhöhung der Attraktivität des Studiums, lebenslanges Lernen in einer Qualitätskultur und die Stärkung der lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Ebene.

Die Weiterbildung erfordert einen engen Kontakt zwischen Hochschulen und Unternehmen, um festzustellen, welcher Bedarf an neuen/aktualisierten Fähigkeiten auf lokaler und regionaler Ebene besteht, und diesen dann zu decken. Es ist äußerst wichtig, dass

- das lebenslange Lernen voll und ganz in die Aufgaben und Strategien der Hochschulen integriert ist;
- die Aktualisierung/Verbesserung der Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt und von den Arbeitgebern honoriert und anerkannt wird;

¹² <http://www.adeit.uv.es>.

¹³ KOM(2008)868 endgültig: „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigten“.

¹⁴ Lissabonner Ziele: Fortschritte im Bereich allgemeine und berufliche Bildung – Indikatoren und Benchmarks 2008, Arbeitspapier der Europäischen Kommission, SEK(2008)2293.

¹⁵ Europäische Hochschulcharta für lebenslanges Lernen, 2008; ISBN 9789078997009, EUA; www.eua.be.

- das lebenslange Lernen gemeinsam mit den Unternehmen entwickelt wird – die Hochschulen können Planung und Angebot nicht allein bewältigen.

In Westschweden haben drei Hochschulen maßgeschneiderte Fernlehrgänge für Arbeitnehmer in KMU entwickelt, um die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen und der Region als Ganzes zu fördern. Die Lehrgänge befassen sich mit für KMU wichtigen Themen wie bessere Produktionsverfahren, Wirtschaftswissenschaft, Logistik, Produktentwicklung und Total Production Management. Die meisten Kursteilnehmer sind Mitte 40 und haben nie zuvor an einer Hochschule studiert (SWD, Abschnitt 5.3.2).

3.6. Bessere Leitung der Hochschulen

Das Forum konzentrierte sich auf Leitungsfragen auf nationaler, regionaler und institutioneller Ebene, die eine Voraussetzung für eine effiziente Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen sind.

Auf nationaler Ebene werden Veränderungen der Rechtsvorschriften, Finanzierungsvereinbarungen und Anreizstrukturen angestrebt, da diese einer Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen entweder nicht zuträglich sind oder sie sogar behindern. Diese Zusammenarbeit sollte jedoch Teil der Gesamtstrategie der Hochschulen sein und in die Entwicklungsplanung und Zielsetzung integriert sein. Die Zusammenarbeit mit der Industrie sollte für Laufbahnentwicklung, Anerkennung und Gehalt als genauso wichtig eingestuft werden wie akademische Aufgaben (z. B. Veröffentlichungen).

Zwischengeschaltete Einrichtungen oder Unternehmensverbände sind wichtig, da sie eine nützliche Schnittstelle zwischen Hochschulen und Unternehmen, insbesondere KMU, sein können. Darüber hinaus unterstützen auch einige europäische, nationale oder regionale Stellen oder Agenturen die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen. Sie können wirksam zu Fortschritten in diesem Bereich beitragen.

Im Vereinigten Königreich befasst sich der Council for Higher Education and Industry (CIHE) mit Bildungsfragen, die die Wettbewerbsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt des Landes betreffen, und bemüht sich um eine enge Zusammenarbeit und Verständigung zwischen Unternehmen und Hochschulen. In Deutschland agiert der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft als Gemeinschaftsaktion zur Förderung der Forschung und Hochschulbildung. Er bringt Hochschulen mit nicht akademischen Forschungseinrichtungen zusammen, dient als Bindeglied zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und unterstützt den Aufbau eines einheitlichen europäischen Bildungs- und Forschungsraums. In Spanien hat sich die Stiftung Conocimiento y Desarrollo (CYD) zum Ziel gesetzt, Verwaltung, Finanzierung und Leitungsstrukturen der Hochschulen zu verbessern, die Verbindungen zwischen Hochschulen, Unternehmen und Gesellschaft auszubauen und die Unternehmens- und Innovationskultur bei Hochschulprofessoren und Studierenden zu fördern (SWD, Abschnitt 5.1.1).

Eine wirksame Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen ist besonders für die regionale Entwicklung von großer Bedeutung¹⁶. Der Erfolg vieler innovativer Regionen in den Vereinigten Staaten und in Europa basiert auf einer dreiseitigen Partnerschaft zwischen Hochschulen, Unternehmen und Regierung in Fragen der Ausrichtung und Finanzierung.

¹⁶ Higher Education and Regions: Globally Competitive, Locally Engaged; OECD 2007.

In Finnland verbindet das Programm e-Tampere die Zukunftsvision der Stadt Tampere für das Jahr 2012 mit mehreren KMU und Großunternehmen sowie zwei Hochschulen. Im Rahmen dieses Programms wurden knapp 400 lokale, regionale, nationale und internationale Projekte eingeleitet, die sich auf eine umfangreiche Zusammenarbeit zwischen Hochschulforschung, Unternehmen und Regierung in den Bereichen Technologie, Wirtschaft und Gesellschaft stützen (SWD, Abschnitt 6.1)

Die wichtigsten Schlussfolgerungen lauten:

- Die nationalen und regionalen Rahmenbedingungen müssen den Hochschulen ein günstiges Umfeld dafür bieten, mit den Unternehmen zusammenzuarbeiten.
- Die Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen muss in die institutionellen Strategien eingebettet sein; die Leitungsstrukturen und eine wirksame Personalverwaltung sind für die praktische Umsetzung von zentraler Bedeutung.
- Die Verantwortlichen müssen dafür sorgen, dass relevante Anreiz- und Bewertungssysteme geschaffen werden, die mit dem Auftrag, der Rolle und der Strategie der Hochschulen in Einklang stehen.

4. KÜNFTIGE MASSNAHMEN

Im ersten Jahr seines Bestehens hat das Forum bereits wichtige Ergebnisse erzielt. Die Kommission begrüßt den Ideenreichtum und die hohe Qualität der Überlegungen. Bei ihren Bemühungen um die Modernisierung der europäischen Hochschulen durch politische Zusammenarbeit und im Rahmen von Programmmaßnahmen wird sie sich auf diese Ergebnisse stützen.

Die Kommission schlägt zwei Arten von Folgemaßnahmen vor. Zunächst wird gemäß dem ausdrücklichen Wunsch der Teilnehmer des Forums, die Arbeiten fortzusetzen und zu vertiefen, ein Arbeitsprogramm erstellt. Darüber hinaus hat das Forum einige Themen und potenzielle Aktionslinien ermittelt, die vor allem im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise umgehend behandelt werden sollten und darauf abzielen, die Partnerschaft von Hochschulen und Unternehmen im Bereich Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern. Es wird eine Reihe konkreter Maßnahmen vorgeschlagen.

Fortsetzung des Dialogs

- Das Forum wird die Struktur von Plenarsitzungen und thematischen Seminaren beibehalten. Zusätzlich wird eine Website für den Austausch und die Verbreitung von Erfahrungen und für Kommunikationszwecke entwickelt.
- Dem Forum ist es bisher gelungen, Vertreter beider Welten – Hochschulen und Unternehmen – sowie zwischengeschaltete Stellen und Unternehmensverbände zu mobilisieren. Die Partnerschaft benötigt jedoch auch die aktive Beteiligung der nationalen Regierungen und der regionalen Behörden. In der nächsten Phase sollten daher einschlägige Vertreter staatlicher Stellen stärker beteiligt werden.

- Ausgehend vom bisherigen Dialog und den Arbeiten in anderen Bereichen sollten folgende Themen erörtert werden:
 - Wie kann sichergestellt werden, dass die Hochschulen wirksam auf das Programm „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“ und auf die Herausforderungen der Wirtschaftskrise eingehen?
 - Partnerschaften für die regionale Entwicklung
 - Partnerschaften mit KMU
 - Diversifizierung der Lernkonzepte und Brückenschlag zwischen verschiedenen Formen der Hochschulbildung
 - Qualitätssicherung und Akkreditierung als Instrumente zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen
- Häufig wurde außerhalb der EU Interesse an den Arbeiten bekundet. Das Forum sollte sich Akteuren außerhalb der EU ganz explizit öffnen (in der Praxis haben bereits viele internationale Unternehmen mitgewirkt) und sich auch stärker auf Ergebnisse stützen, die von Partnerländern übernommen werden können. Die Kommission wird in ihren Kontakten mit den zuständigen Behörden von Partnerländern die Arbeit des Forums publik machen und zur Mitarbeit auffordern.

Aufbau neuer Partnerschaften

- Das Forum hat sich für die Einführung neuer Formen strukturierter Partnerschaften zwischen Unternehmen und Hochschulen eingesetzt, um Lehrgänge zu entwickeln und anzubieten. Derartige Partnerschaften würden die Strukturen widerspiegeln, die im Rahmen der Technologieplattformen, des Marie-Curie-Programms „Wege und Partnerschaften zwischen Industrie und Hochschulen“ des 7. Forschungsrahmenprogramms und der Wissens- und Innovationsgemeinschaften des ETI entwickelt wurden. Die Kommission schlägt vor, direkt zu prüfen, wie derartige Partnerschaften aus den einschlägigen EU-Programmen unterstützt werden könnten, um im Rahmen des Programms für lebenslanges Lernen im Jahr 2010 Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für Sondierungsmaßnahmen zu veröffentlichen.
- Die Frage, ob die Zuständigkeit der Plattform für den Dialog auch auf andere Bildungsbereiche – insbesondere Sekundarschulen und Berufsbildungseinrichtungen – ausgeweitet werden sollte, wurde im Forum von Unternehmensseite häufig gestellt. Das Potenzial der Unternehmen, einen Beitrag zur Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen zu leisten, ist natürlich hoch¹⁷. Die Kommission wird prüfen, wie die derzeitigen Programme (beispielsweise Leonardo da Vinci und Comenius) und Initiativen (wie European Schoolnet) eingesetzt werden können, um Unternehmen und Schulen in Bildungspartnerschaften zusammenzubringen, und wie die Zusammenarbeit durch ein europäisches Koordinierungsgremium gefördert werden könnte. Die Kommission möchte

¹⁷ Die Kommission ist gerade dabei, eine hochrangige europäische Reflexionsgruppe zur Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen einzusetzen, an der Vertreter aller Mitgliedstaaten und EWR-Länder mitwirken, um kohärentere Ansätze zu entwickeln.

die Akteure im Herbst zu einer Konferenz oder einem Seminar einladen, um die künftigen Kooperationsmöglichkeiten zwischen Unternehmen, Schulen und Berufsbildungseinrichtungen zu eruieren.

- Die Entwicklung des Dialogs zwischen Hochschulen und Unternehmen auf EU-Ebene sollte einen vergleichbaren Dialog auf nationaler und regionaler Ebene anregen. Die Kommission wird im Rahmen ihrer politischen Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten im Bildungs- und Berufsbildungsbereich die nationalen Behörden ermuntern, vergleichbare Dialogstrukturen auf nationaler Ebene zu schaffen. Sie wird prüfen, ob die Strukturfonds für die Unterstützung derartiger regionaler Initiativen herangezogen werden können.
- Die Kommission wird eine Studie in Auftrag geben, um eine Bestandsaufnahme bewährter Verfahren der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen vorzunehmen.

Der Zeitpunkt für einen starken neuen Impuls für die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen ist günstig. Gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten, wenn es für Absolventen schwieriger ist, einen Arbeitsplatz zu finden, und die Unternehmen unter erhöhtem Wettbewerbsdruck stehen, sollte die Zusammenarbeit aufgrund des zusätzlichen wirtschaftlichen und sozialen Nutzens eine Priorität darstellen.